

## 6. Wahlperiode – 53. Sitzung

### Tagesordnungspunkt 7

Übernahme der Braunkohlesparte von Vattenfall durch EPH und dessen Finanzpartner PPF: Sicherheitsleistungen für aktive sächsische Braunkohletagebaue anordnen

Drucksache 6/6694, Antrag der Fraktion DIE LINKE, mit Stellungnahme der Staatsregierung

12. April 2017

---

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Pinka! Es wundert mich nicht, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, einen alten Hut aus dem Oktober des letzten Jahres. Seit einigen Wochen – es ist mir wichtig, das am Anfang zu sagen – führen wir im Wirtschaftsausschuss eine Debatte über einen vom Sächsischen Rechnungshof erstellten Bericht, der sich ebenfalls mit der Frage beschäftigt, inwieweit Sicherheitsleistungen im Bergbau eingetrieben werden können. Obwohl der Bericht vom Rechnungshof selbst als Verschlussache deklariert wurde und somit der Geheimhaltung unterliegt, sind trotzdem viele Inhalte aus den Ausschusssitzungen an die Öffentlichkeit gelangt, und das, obwohl wir diesen Geheimhaltungsbeschluss im Ausschuss einstimmig getroffen haben. Ich finde es unerhört, dass aus einer geheimen Ausschusssitzung Sachen an die Öffentlichkeit geraten. Das ist kein guter Stil, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU und der SPD – Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Nicht von mir!)

Der zweite Grund ist sicherlich die Vorstellung des neuen Revierkonzepts durch die Lausitzer Energie und Bergbau AG, den Nachfolger von Vattenfall, vor knapp zwei Wochen. Mich hat es, ehrlich gesagt, verwundert, warum Sie das nicht zum Thema einer Aktuellen Debatte gemacht haben – vielleicht weil das Revierkonzept gut ist, weil es klare Perspektiven für die Lausitz aufzeigt, weil es künftig zur neuen Unternehmensstrategie gehören wird, andere Geschäftsfelder in der Energiewirtschaft zu erschließen, nämlich auch erneuerbare Energien, Frau Kollegin Pinka. Es geht um Konvergenztechnologien. In Zukunft soll Braunkohle nicht mehr nur verbrannt, sondern auch stofflich genutzt werden. All das sind für mich ganz wichtige Aussagen, wenn es um das Thema Klimaschutz und um das Thema Energiewende geht. Ich glaube, in einer Aktuellen Debatte hätten Sie ziemlich alt ausgesehen.

Gestatten Sie mir zur Begründung noch eine Anmerkung. Ich spreche an dieser Stelle für meine gesamte Fraktion und ganz besonders für meinen Oberlausitzer Abgeordneten Thomas Baum, der sich bekanntlich mit dem Minister auf Auslandsreise befindet. Obwohl Sie es wussten, Frau Kollegin Pinka, dass der Fachminister heute nicht anwesend ist, haben Sie die Debatte auf die Tagesordnung gesetzt – obwohl Sie es wussten! Das ist aus meiner Sicht auch kein guter Stil. Ich bin mir sicher, sehr geehrte Frau Pinka,

Umweltminister Schmidt wird die Haltung der Staatsregierung zu Ihrem Anliegen genauso gut klarmachen wie der Fachminister. Trotzdem hätte ich mir gewünscht, dass wir diese Debatte auch mit dem zuständigen Fachminister führen. Zurück zum Revierkonzept.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, die aus der Tiefe des Raums von Herrn Kollegen Brünler kommt?

– Bitte.

Nico Brünler, DIE LINKE: Herr Kollege, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, wenn Sie es empörend finden, dass wir eine Debatte führen, während ein Minister nicht da ist, dass das Parlament seine Tagesordnung nach der Anwesenheit bzw. nach dem Gutdünken der Staatsregierung richten soll? Finden Sie nicht, dass Sie die Rollen ein Stück weit verkehren? Ich dachte immer, die Staatsregierung sei vom Parlament beauftragt und nicht umgekehrt.

Jörg Vieweg, SPD: Ich glaube das eben nicht, sehr geehrter Kollege Brünler. Ich würde mir wünschen, dass wir die Debatte umfangreich führen, dass wir auch die Fachsicht des Ministers in dieser Debatte hören. Insoweit wäre es für Sie ein Leichtes gewesen, die Debatte auf die nächste Sitzung des Sächsischen Landtags zu setzen. Zurück zum Revierkonzept: Endlich – muss man fast sagen – haben die Menschen in der Lausitz Planungssicherheit für die nächsten 25 bis 30 Jahre. Die LEAG hat in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld vernünftige Entscheidungen getroffen, indem sie nicht alle bergbaurechtlich gesicherten Abbaufelder ausbeutet. Dieses erfolgreiche Konzept kennen wir aus Nordrhein-Westfalen. Die betroffenen Umsiedler in der Region, die lange nicht wussten, wie es weitergeht, haben jetzt Gewissheit. Die Entscheidungen der LEAG – und das war klar – konnten nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, sondern auch in Verantwortung für eine ganze Region. Tatsache ist, dass die Nutzung der Braunkohle zur Energieerzeugung in Zukunft immer weniger eine Rolle spielen wird. Braunkohle ist der Klimakiller Nummer eins. Genau aus dieser Erkenntnis und aus dieser Verantwortung heraus haben wir eine Verpflichtung für den Klimaschutz in Sachsen. Dieser Verpflichtung stellt sich die LEAG mit dem neuen Revierkonzept.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, nun zu Ihrem Antrag: Ich denke, die Staatsregierung hat in ihrer Stellungnahme klargemacht, weshalb wir allein schon aus rechtlichen Gründen dem Antrag nicht zustimmen können. So fordert der Antrag unter anderem die Einsicht in Übernahmeverträge zwischen dem ehemaligen Betreiber Vattenfall und dessen Nachfolger EBH. Dass es sich dabei um privatrechtliche Verträge handelt, haben Sie offensichtlich übersehen, und das machen Sie gern. Sie verwechseln gern privates Eigentum, kommunales Eigentum, Landeseigentum und Bundeseigentum, und ich sage Ihnen, das tun Sie ganz bewusst. Sie tun das ganz bewusst auch in diesem Fall. Das finde ich sehr bemerkenswert. Ich bin mir sicher, dass das Sächsische Oberbergamt seine Aufgaben bei der Bestellung von Sicherheitsleistungen im Braunkohletagebau gewissenhaft und auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften sorgfältig und gründlich durchführt. Wenn Sie im Ausschuss richtig zugehört hätten,

dann tun sie das auch. Im Ausschuss wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Oberbergamt im Wirtschaftsausschuss über die aktuellen Gutachten berichten wird. Aber das verschleiern Sie immer sehr gern, Frau Dr. Pinka. Auch das gehört zur Wahrheit.

Das Oberbergamt prüft derzeit auf der Grundlage seiner Befugnisse, die ihm durch das Bundesbergbaugesetz eingeräumt werden, in welcher Höhe die Sicherheitsleistungen für die aktiven sächsischen Braunkohletagebaue festgesetzt werden sollen. Dies geschieht im Zusammenhang mit der Beantragung der aller zwei Jahre anstehenden Hauptbetriebsplanzulassungen für die Tagebaue. Man könnte fast sagen, das ist Tagesgeschäft im Oberbergamt. In diesem Fall kommt noch der Eigentümerwechsel hinzu, weshalb das Oberbergamt auf die Unterstützung von externen Sachverständigen bei der Bewertung der eingereichten Unterlagen zurückgreifen wird. Auch das ist in solchen Fällen ein ganz normaler Vorgang, Frau Pinka. Wilder Aktionismus hilft uns also bestimmt nicht weiter, sondern gründliches Arbeiten und Prüfen. Genau das tut das Oberbergamt. Panikmache hilft uns ebenso wenig weiter, sondern jetzt haben wir mit dem Revierkonzept der LEAG Gewissheit, wie es mit den Tagebauen in Sachsen weitergehen soll.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Die Menschen nicht nur in den Braunkohleregionen erwarten von uns eine verlässliche Politik. Sie erwarten zu Recht, dass wir uns um die Folgen der Tagebaue kümmern und sicherstellen, dass die Renaturierung und die Wiederherstellung von Natur und Landschaft nach Beendigung des Abbaus finanziell abgesichert sind. Ich versichere Ihnen, dass wir jetzt, da wir mit dem Revierkonzept Planungssicherheit haben, den Strukturwandel aktiv angehen werden. Aber der Wandel darf nicht nur in Dresden oder in Berlin vorgegeben werden; er kann nur gelingen, wenn wir die Menschen vor Ort einbeziehen und hier gemeinsam nach Lösungen suchen. Der Strukturwandel in den sächsischen Braunkohleregionen ist eine klimapolitische Notwendigkeit und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe müssen wir gemeinsam schultern für die Begrenzung der Erderwärmung genauso wie für neue Arbeitsplätze in der Lausitz. Aktionismus und Panikmache helfen uns nicht. Aus diesem Grund lehnt meine Fraktion Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und der CDU)